



SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRÉSENTATION SUISSE

in / à C A R A C A S

Bundesamt für Aussenwirtschaft			
No. / <u>1112 265.4</u>			
EE			
R		- 5. JUNI 1990	
Kopie an			

E V D
B A W I

Ihr Zeichen
Votre référence

Ihre Nachricht vom
Votre communication du

Unser Zeichen
Notre référence
435.4 - DC/LT

Datum
Date
24.5.1990

Gegenstand / Objet Venezuela: Patentrecht

Nicht unerwartet nahm die Auseinandersetzung um die Reform des Gesetzes über den Schutz des geistigen Eigentums in den vergangenen sechs Monaten einen schärferen Ton an. Wie erinnerlich, richteten Ende Juli 1989 zwölf Vertreter der "nationalen" Pharmaunternehmen ein Schreiben an Präsident Carlos Andrés Pérez mit der Bitte, den Regierungsentwurf im Hinblick auf eine vermehrte Berücksichtigung der legitimen Interessen der nationalen Firmen (s. meine Mitteilung vom 6.10.1989) neu zu bearbeiten.

Die anfänglich in Fachkreisen ausgetragene Diskussion führte in der zweiten Jahreshälfte 1989 zu einer Polarisierung der zwei - schon immer latent existierenden - Interessensverbände, nämlich der Gruppe der "multinationalen" oder "ausländischen" Unternehmen, die den Entwurf begrüssen und der Gruppe der "nationalen" oder "autochthonen" Unternehmen, die nun gegen den Entwurf Sturm laufen. Der offene Krieg brach Ende 1989 mit der Gründung einer neuen Branchenkammer (Cámara Venezolana del Medicamento = CAVEME) durch die ausländischen Firmen und auf der Gegenseite durch den Verband der nationalen Unternehmen in einer Vereinigung namens Laboratorios Venezolanos (LAVE) aus. Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass die langjährige Kammer der Pharmaindustrie Cámara de la Industria Farmacéutica Venezolana (CIFAVE), die alle 73 (39 internationale, 34 nationale) in Venezuela tätigen Unternehmen vereinte, sich zur Zeit in einem Auflösungsprozess befindet. Dies wiederum, sowie die in griffigen Inseratenkampagnen und pointierten Fernsehauftritten



- 2 -

der Parteien öffentlich geführte Auseinandersetzung, hatte zur Folge, dass die ganze Diskussion um den Regierungsentwurf und die Reform der z.Z. geltenden Gesetzgebung im Marken- und Patentrecht an ein breiteres Publikum herangetragen wurde und somit an politischer Brisanz gewann. Diese Auseinandersetzung begann ebenfalls unweigerlich einige allzeit beliebttheits-hungrige (und geldgierige) Parlamentarier zu interessieren, denn sie bietet eine willkommene Gelegenheit, zumindest in absehbarer Zukunft, zu Geld und Ansehen zu kommen, indem man für die "wehrlosen" nationalen Unternehmer Partei ergreift.

Der vorläufige Höhepunkt wurde in den Monaten Februar/März erreicht, als nach dem Auslaufen des unter der Aegide des Förderungsministeriums (Fomento) im Sommer 1989 abgeschlossenen Preisstabilisierungsabkommens die Preise einzelner Medikamente zu steigen begannen. Die Gelegenheit wurde durch die LAVE benutzt, um auf die Gefahr einer Preisliberalisierung und Privilegierung durch den Schutz des geistigen Eigentums der multinationalen Unternehmen hinzuweisen, die sich bekanntlich, so der Grundton LAVE's, zuungunsten der armen Leute und der Dritten Welt bereichern. Verschwiegen wurde von diesem Verband allerdings, dass z.B. das erfolgreichste nationale Unternehmen - Laboratorios Vargas, das rund 15 % des Marktes beliefert - ausländische Produkte (vornehmlich deutscher Provenienz) vertreibt und dass in einem stark subventionierten und durch ein Grossistenmonopol dominierten Markt selbst die nationalen Unternehmer mit ihren Produkten nicht in der Lage sind, wesentlich günstigere Preise anzubieten.

Die ganze Auseinandersetzung nahm eine unglückliche Wendung, als der Sekretär und Sprachrohr von CAVEME anlässlich einer Fernsehsendung darauf hinwies, dass er selber ein ehemaliger Mitarbeiter vom Patentamt gewesen sei. Diese Bemerkung löste in der Folge einen Sturm der Entrüstung aus und der langjährige Vorsteher der "sozialmarxistischen" Oppositionspartei MAS (Movimiento al Socialismo), Teodoro Petkoff, prangerte öffentlich die Regierung Carlos Andrés Pérez an, mit den multinationalen Gesellschaften zu kollaborieren und diese mit der beabsichtigten Reform begünstigen zu wollen. Die Bemerkung des Sprechers von CAVEME verärgerte nicht nur den zuständigen Minister, Moisés Naim, und die Leiterin des Patentamtes, sondern stellte das ganze Reformvorhaben in seiner jetzigen Form in Frage.

In der Tat sei der Präsident sich offenbar nicht mehr im klaren, ob der Regierungsentwurf überhaupt, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt dem Parlament vorgelegt werden soll. Die Regierung bekundete in den vergangenen Monaten eine gewisse Mühe, im Kongress unliebsame Projekte (Arbeitsgesetz) abzublocken, oder umgekehrt ihre Anliegen (Investitionsprogramm) durchzubringen. Der Präsident wird es sich somit gut überlegen, bevor er sich auf einen Machtkampf für eine - aus seiner Sicht - nicht prioritären Angelegenheit mit dem Kongress zum jetzigen Zeitpunkt einlässt. Dies um so mehr, als im Ministerkabinett in dieser Frage keine einheitliche Meinung besteht und sicherlich die Gegner des jetzigen Anpassungsprogramms die Gelegenheit nicht verpassen werden, ihre Bedenken zu äussern.

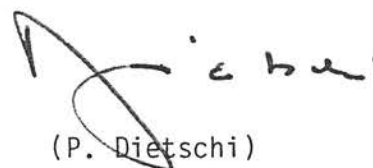
Höchstwahrscheinlich wird nicht der ganze Entwurf fallengelassen. Dazu ist der Druck von aussen (amerikanische Regierung, GATT-Verhandlungen) wohl zu stark und die Diskussion im Innern schon zu weit gediehen. Vor zwei Jahren wurde im Senat ein Gesetzesentwurf eingebracht, der die Regierung nicht befriedigt und zudem weniger liberal und modern ist als der jetzige Regierungsentwurf (s. meine Mitteilung vom 23.9.1988). Für das Patentamt gilt es mit dem Einbringen eines Gegenentwurfes zu verhindern, dass dieser erste Vorschlag unerwartet von einer der beiden Kammern - wie beim Arbeitsgesetz geschehen - angenommen wird. Zudem ist man sich bewusst, dass die nationale Industrie, insbesondere der petrochemische Sektor, einen verstärkten Patent- und Markenschutz benötigt. Für Minister Naim steht im Vordergrund die Sorge um eine erneute Preisexplosion im Pharmasektor. Wie diese Problematik gelöst werden soll, wird zur Zeit von einem Sonderbeauftragten des Präsidenten untersucht. Eine erste Massnahme wurde mit der kürzlich bekanntgegebenen Senkung der Zolltarife auf 10 % für den Pharmaimport ergriffen. Andererseits ist sich die Regierung wohl bewusst, dass selbst mit einem moderneren Patent- und Markenschutzgesetz die Investitionen im Pharmabereich - im Gegensatz z.B. im Erdölsektor - mittelfristig nicht sehr zunehmen werden, da der Markt relativ klein und preislich uninteressant (im südamerikanischen Vergleich ist der venezolanische Konsument immer noch derjenige, der am wenigsten für Medikamente ausgibt) ist und bleiben wird.

- 4 -

Es wäre somit nicht von der Hand zu weisen, wenn der vorliegende Entwurf - der schon vor einem Jahr dem Parlament hätte unterbreitet werden sollen - nochmals Änderungen erfahren würde, z.B. im Sinne eines Ausschlusses des Pharmasektors aus dem materiellen Anwendungsbereich, oder mit der Einführung von längeren Uebergangsfristen, denn die Regierung ist offensichtlich nicht bereit, wegen eines einzigen politisch problematischen Sektors, die Kodifizierung der gesamten Materie aufs Spiel zu setzen.

Das weitere Schicksal der Reform des venezolanischen Patent- und Markenrechts ist somit im Moment noch nicht abzusehen. Allerfrühestens wird der Regierungsentwurf wohl in der Herbstsession (Oktober 1990) dem Kongress vorgelegt. Sicherlich werden Patentamt und Fomento nicht mehr bereit sein, weitere Verbesserungen am vorhandenen Entwurf anzubringen. Man ist sich in diesen Aemtern bewusst, dass man mit der vorgesehenen Regelung an der Grenze des innenpolitisch zur Zeit Vertretbaren angelangt ist. Was im Kongress mit dem Regierungsentwurf geschehen wird, ist noch weniger vorauszusehen. Höchstwahrscheinlich wird die Behandlung dieser Materie auf die lange Bank geschoben und es werden sich nicht enden wollende Diadochenkämpfe im Hintergrund abspielen zwischen den verschiedenen Interessengruppen (AVEME, LAVE), Parlamentariern und den allgegenwärtigen profil- und profitsüchtigen Markenanwälten, die schon jetzt alle Mittel aufwenden, um sich Marktanteile zu sichern (die Interessen ihrer Klientel stehen dabei nicht unbedingt im Vordergrund!). In diesem trüben Umfeld den richtigen Ton und die geeigneten Wege zu finden, um die Interessen der Schweizer Pharmaunternehmen am wirkungsvollsten zur Geltung zu bringen, dürfte wohl die Herausforderung der nächsten Zeit sein.

Der Schweizerische Botschafter



(P. Dietschi)

Kopie an: EDA, Politische Abteilung II